

12.02.2015

Kleine Anfrage 3129

des Abgeordneten Gregor Golland CDU

Umgehung der Grunderwerbsteuer durch landeseigene Unternehmen – Wird die Landesregierung die Verschärfung der Gesetze in Angriff nehmen, damit Umgehungstatbestände künftig verhindert werden?

Mit der Kleinen Anfrage 2991 habe ich die Landesregierung gefragt, wie viele Steuereinnahmen dem Land NRW seit 2010 dadurch entgangen sind, dass landeseigene Unternehmen ein Schlupfloch bei der Zahlung der Grunderwerbsteuer nutzen, ob dies als gerecht gegenüber den Bürgern empfunden wird und die Landesregierung die Geschäftspraktiken ihrer Unternehmen künftig unterbinden will.

Der Finanzminister antwortet, ihm liege nur ein Teil der Informationen zu Frage 1 vor - welche Teilinformationen dies sind, sagt er nicht. Das ist unzureichend. Ich fordere den Minister daher auf, die Frage umfassend und komplett innerhalb der üblichen Frist zu beantworten.

Der Finanzminister erklärt auch, die Landesregierung setze sich dafür ein, Umgehungsge-
staltungen so weit wie möglich einzuschränken. Rechtlich vertretbare Möglichkeiten für eine gesetzliche Verschärfung würden geprüft, um Geschäftspraktiken zu verhindern, die zur Umgehung der Zahlung der Grunderwerbsteuer führen, oder diese Praktiken zumindest zu erschweren.

Vorgehensweisen wie im Fall der Veräußerung der Portigon-Grundstücke im Rahmen eines Share-Deals werden zwar kritisiert, aber als „zur Zeit noch legal“ bezeichnet – auch hier solle über eine Verschärfung der Gesetze nachgedacht werden. Konkrete Zeiträume werden aber nicht benannt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Steuereinnahmen sind dem Land NRW seit 2010 bisher durch das Umgehen der Grunderwerbsteuer durch Geschäftspraktiken der Landesbetriebe entgangen? (Bitte tabellarisch auflisten: Landesbetrieb, Geschäftspartner, verkauftes oder gekauftes Objekt, Kaufsumme, entgangene Steuereinnahme.)

Datum des Originals: 10.02.2015/Ausgegeben: 12.02.2015

2. Bis wann wird die Landesregierung prüfen, ob es rechtlich vertretbare Möglichkeiten für eine gesetzliche Verschärfung gibt, um Umgehungstatbestände bei der Grunderwerbsteuerverpflichtung zu verhindern oder zu erschweren?
3. Wann ist mit einer Verschärfung der bestehenden Gesetze zu rechnen?

Gregor Golland